Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 3. November 1880. Nr. 516.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 2. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr mit mehreren geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertisch: Bitter, Maybach, Lucius, v. Böttcher.

Tagesordnung:

I. Entgegennahme von Regierungs-Vorlagen.

Finanz-Minister Bitter: Ich habe die Ehre, dem hohen Hause den Finanzetat für das Finanzjahr 1881—82 zu überreichen. Als im vorigen Jahre der Etat für das laufende Etatsjahr vorgelegt wurde, befand sich das Land an dem Ausgange einer schweren Krisis, welche auf alle Zweige des öffentlichen Verkehrs nachtheilig gewirkt hatte und welche auch in die Verhältnisse der Finanzen tief eingreifen mußte. Ich konnte damals konstatiren, daß ein gewisser Stillstand eingetreten, und ich bin heute in der Lage, konstatiren zu können, daß inzwischen eine sehr erfreuliche Wendung zum Besseren sich gezeigt hat, und ich folgere, daß die kommenden Zeiten den Beweis liefern werden, daß ich mich in dieser Annahme nicht getäuscht habe. Was zunächst das abgelaufene Finanzjahr 1879—80 anlangt, so ist auch bei diesem eine erfreuliche Besserung zu konstatiren. Im vorigen Jahre glaubte ich darauf hinweisen zu müssen, daß die ersten sechs Monate sehr erhebliche Mindereinnahmen aufzuweisen hatten. Im weiteren Verlaufe der Verwaltung haben sich diese so weit ausgeglichen, daß ich hoffen konnte, das Finanzjahr werde statt mit einer Mindereinnahme noch mit einem Mehrertrage abschließen. Es wäre das der Fall gewesen, wenn nicht Ausgaben über den Etat eingetreten wären, die ich nicht voraussehen konnte. Ich darf in dieser Beziehung dem Hause mittheilen, daß an Mehreinnahmen eingestellt sind bei den direkten Steuern 568,046 M., bei der Bergwerksverwaltung 6,378,146 M., bei der Eisenbahnverwaltung 6,605,147 M., darunter 4,818,328 M., welche den verstaatlichten Privatbahnen angehören, deren Erträge aber nur bis zum 1. Januar haben festgestellt werden können. Diesen Mehreinnahmen stehen aber sehr bedeutende Mindereinnahmen bei einigen Verwaltungszweigen gegenüber, so daß sich ein Defizit von fünf Millionen Mark herausstellt, dessen Deckung Ihnen durch eine Anleihe vorgeschlagen werden wird. — Wenn ich jetzt zu dem vorliegenden Etatsentwurf für das Finanzjahr 1881—82 übergehe, so bemerke ich zuvörderst, daß derselbe in Einnahme und Ausgabe auf 912,341,284 M. abschließt; demselben tritt ferner noch an einmaligen Ausgaben der Betrag von 39,557,750 M. hinzu. Es ist angenommen, daß zur Deckung des Extraordinariums eine Anleihe von 30 Millionen Mark aufzunehmen sein wird. Zu den Einnahme-Positionen ist zu bemerken, daß bei der Forst-Verwaltung eine Mindereinnahme von 4 Millionen in den Etat hat eingestellt werden müssen; bei der Finanzverwaltung sind 10 Millionen weniger in Rechnung gestellt, was darin seinen Grund hat, daß die Regierung es für zulässig und nützlich hält, einen dreimonatlichen Erlaß an der Klassensteuer zu gewähren, der sich auf 14 Millionen beläuft. Hätte dieser Erlaß nicht stattgefunden, so würde die Finanzverwaltung mit einem Ueberschusse von mehr als 3 Millionen abgeschlossen haben. Bei den Stempelabgaben haben sich die Einnahmen um 1,600,000 M. vermindert; an Mehreinnahmen sind gegen das Vorjahr bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung über 6 Millionen; bei der Eisenbahnverwaltung betragen die Einnahmen insgesammt 356,542,000 M., gegen das Vorjahr mehr 139 Millionen; aus den Zöllen und Steuern sind gegen das Vorjahr mehr 9,648,420 M. in den Etat eingestellt. Diese Mehreinnahme hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Regierung sich entschlossen hat, den Erlaß an der Klassensteuer in Aussicht zu stellen. Was die Mehrausgaben anlangt, so ist eine nicht unerhebliche Erhöhung der Verwaltungsausgaben zu verzeichnen, namentlich bei der Forstverwaltung, im Finanzministerium und in der Eisenbahnverwaltung. Das Fazit der Etatsaufstellung ist folgendes: Einnahme 881 1/2 Millionen, Ausgabe 872 1/2 Millionen, so daß neben dem Steuererlaß von 14 Millionen ein Ueberschuß von 9 Millionen verbleibt, welcher zur Deckung des Extra-Ordinariums (39 1/2 Millionen Mark) mit verwendet werden soll. Würde das Gesetz über die Eisenbahngarantien bereits existiren, so könnte nach Ansicht der Regierung der Ueberschuß bereits für den Eisenbahn-Reserve- und Amortisations-Fond verwendet werden. Allerdings hätten die 14 Millionen, die für den Steuererlaß in Aussicht genommen worden sind, auch anderweit zur Verwendung gebracht werden können, namentlich zur Herabminderung des Extraordinariums; es hätte durch diese 14 Millionen und durch den Ueberschuß von 9 Millionen das Extraordinarium bis auf 16 1/2 Millionen reduzirt werden können; aber man ist bei der alten Praxis geblieben, daß Mehreinnahmen nicht für das nächste Finanzjahr übertragen werden sollen, schon um der nöthigen Klarheit willen. Ausschlaggebend ist aber gewesen, daß bei der Berathung des Verwendungsgesetzes von keiner Seite vorausgesetzt worden ist, daß der Steuererlaß erst eintreten solle, wenn durch die laufenden Einnahmen nicht blos die laufenden Ausgaben, sondern zugleich auch die außerordentlichen Ausgaben gedeckt worden sind. Es würden dann vielleicht mindestens 2, 3 oder 4 Jahre vergehen, ehe wir in der Lage sein würden, alle Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken. Die Regierung kann dies nicht für erwünscht halten, umsoweniger, als in dem vorliegenden Etat bereits 9 Millionen Mehreinnahmen aus dem Reiche in den Etat eingestellt worden sind, als im vorigen Jahre. Auch wird man nicht gut thun, die Ausgaben im Extraordinarium, welche der Zukunft zu Gute kommen, den laufenden Einnahmen zu entnehmen und den ärmeren Klassen die Wohlthaten des Steuererlasses zu entziehen. Die Regierung glaubt daher, daß die Umstände dazu angethan sind, schon jetzt mit der Ausführung des Verwendungsgesetzes vorzugehen und den Anforderungen des Volkes nach dieser Richtung hin Rechnung zu tragen. Die Regierung ist der Ansicht gewesen, daß ein geringerer als dreimonatlicher Steuererlaß nicht würde in Aussicht genommen werden können und daß ein praktischer Anfang gemacht werden müsse. Die Regierung rechnet mit Zustimmung darauf, daß das Haus dieser Position des Etats, das heißt dem Steuererlaß, seine Zuversicht ertheilen wird. Es handelt sich dabei um den ersten Schritt auf der Bahn nach vorwärts; ich kann versichern, daß die Finanzverwaltung auch künftig der größten Sparsamkeit sich befleißigen und es ermöglichen wird, daß auch in kommenden Jahre ein Steuererlaß in den Etat eingestellt werden kann. Was das Extraordinarium betrifft, so dürften die darin aufgenommenen Positionen sich selbst rechtfertigen. Ich möchte nur bemerken, daß die in der Presse vertretene Meinung, als handele es sich in demselben um eine Verdeckung der Mehrausgaben im Ordinarium, thatsächlich unbegründet ist. Ein Vergleich der Ausgaben des laufenden Etats wird das Unhaltbare dieser Behauptung erweisen. Ich bemerke ferner, daß in dem Extraordinarium das Handelsministerium 25 Millionen zur Regelung von Wasserstraßen, das Justizministerium 2,500,000 Mark, das Ministerium des Innern 1 Million Mark in Anspruch nehmen. Die aus dem Vorjahre übernommenen Summen belaufen sich auf 26,530,000 Mark; als neu eingestellt sind nur 13 Millionen zu verzeichnen. Ich rechne aber meinerseits darauf, daß nach Vollendung der bereits eingeleiteten Neubauten eine wesentliche Herabminderung des Extraordinariums wird eintreten können. Ich wenigstens kann nur den Wunsch haben, daß das Extraordinarium ganz aus unserem Etat verschwinde. (Gelächter links.) Ein verstecktes Defizit, wie es als im Etat vorhanden vielfach bezeichnet worden ist, ist darin nicht vorhanden. Ich habe das Verhältniß klar und offen dargelegt, und glaube nicht, daß ein Zweifel an der Richtigkeit der Ansätze werde hervorgehoben werden können. — Schwieriger gestaltet sich die Frage der Steuerreform. Es handelt sich bei derselben um eine gesetzgeberische Thätigkeit von ganz ungeheuren Dimensionen, die in alle Verkehrs-Verhältnisse eingreifen. Die Steuerreform zerfällt in zwei Hauptabtheilungen. Die eine dieser Abtheilungen behandelt die Reform der direkten Steuern in Preußen, der Klassen-, Einkommen- und Gewerbesteuer, die andere behandelt die Verwendung der Ueberschüsse aus den Reichssteuern. Was die Reform in Preußen betrifft, so sind die Vorarbeiten festgestellt; bei der Wichtigkeit der Reform ist es mir indeß nicht möglich gewesen, die bezüglichen Reformgesetze jetzt schon vorzulegen, doch wird die Vorlegung alsbald erfolgen. Anders steht es mit demjenigen Theile, welcher sich auf die Ueberschüsse bezieht, die aus den Reichssteuern auf Preußen entfallen. Die gegenwärtigen Ueberschüsse aus den Reichssteuern reichen nicht aus, um eine wirkliche Reform anzustreben, besonders, wenn man den Kommunen gründlich helfen will. Es liegt auf der Hand, daß diese ganze Frage eine lediglich theoretische, eine vollkommen müßige sein würde, wenn der Regierung nicht die Mittel gegeben werden, die Steuerreform durchzuführen. Die Regierung will nicht die Durchführung der Reform aus eigenen Mehreinnahmen anstreben; die Mittel dazu müssen aus dem Reiche genommen werden. Ehe man sich entschließt, weitere Steuerquellen für die Einzelstaaten zu eröffnen, wird man zunächst sich die Ueberzeugung verschaffen müssen, daß sie gerechtfertigt sind, und auch verlangen, daß die Steuererträge zur Steuerreform, zur Steuerentlastung in den Einzelstaaten ihre Verwendung finden. In diesem Sinne habe ich zunächst, um eine gemeinschaftliche Basis für die Einzelstaaten zu finden, mich mit den Finanzministern der übrigen Staaten dahin verständigt, daß die Ueberschüsse aus den Reichssteuern, welche den Einzelstaaten zu Gute kommen, überall zur Entlastung der direkten Steuern unverkürzt verwendet werden sollen. Ein zweiter Schritt ist der, daß wir uns schon jetzt ganz klar darüber werden müssen, was durch die Steuerreform erreicht werden soll. Die Ziele müssen so bestimmt hingestellt werden, daß Jeder sich selbst die Verwendung der Ueberschüsse berechnen kann. Die Gesetzesvorlage über die Verwendung der Erträge wird in circa vierzehn Tagen dem Hause zugehen. Es sollen ein Drittel auf Personalsteuern und zwei Drittel auf Kommunalsteuern verwendet werden. Die untersten vier Klassensteuerstufen sollen entlastet, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuern soll den Kreisverbänden überwiesen werden. Es sind nothwendig weitere 16 Millionen für die unteren vier Klassensteuerstufen, dazu 48 1/2 Millionen Mark an Grund- und Gebäudesteuer und es würden 64 1/2 Millionen nothwendig sein, um allen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können. Die Abschaffung der Klassensteuer in den untersten vier Klassensteuerstufen ist nicht für rathsam gehalten; das Drückende liegt in dem Zuschlag für Kommunalabgaben, volkswirthschaftlich ist der Steuererlaß sehr wünschenswerth. Gedeckt sollen diese Bedürfnisse werden durch die alten Steuergesetze, durch die Brau-, Wehr- oder Börsensteuer. Ferner ist eine Erhöhung der Branntweinsteuer in Aussicht genommen, die Vorarbeiten sind bereits im Gange (Beifall). Auch eine Erhöhung der Tabaksteuer soll in Antrag gebracht werden. (Abg. Richter ruft: Das ist doch zu toll! Ruf rechts: Tabaksmonopol!) Ich meinerseits scheue mich nicht, es auszusprechen, daß der Tabak ein sehr steuerfähiges Objekt ist. Es würde nöthig sein, 105—110 Millionen Mark aufzubringen. Mit diesem Betrage glaubt die Regierung ihre Schuldigkeit thun zu können und dem Vaterlande Dienste zu leisten. Ich habe dem hohen Hause außer dem Etat selbst den Entwurf des Gesetzes über die Deckung von 5 Millionen Defizit des Vorjahres und die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1879—80 vorzulegen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung: Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes betr. die erhöhte Subventionirung der Weichselstädtebahn.

Abg Berger (Witten) wendet sich gegen das System der unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens von Seiten der Kreise, da es sich jetzt erst darum handelt, die latenten Erwerbskräfte durch den Bau der Bahn zu entwickeln. Er plaidirt dagegen für die Erhebung einer Abgabe auf das ankommende und abgehende Gut.

Abg. Dr. Wehr sagt der Staatsregierung seinen Dank für die Vorlage, welche er als eine Sühne bezeichnet. Er bestreitet das Bestehen eines Nothstandes in Westpreußen, wenigstens unter den besitzenden Klassen. Im Uebrigen schließt er sich den Ausführungen des Abg. Berger an.

Staatsminister Maybach: Die durch Elemente herbeigeführten Umstände haben die Regierung bewogen, von dem im Vorjahre verfochtenen Prinzip abzugehen und diese Unterstützung zu gewähren, umsomehr, als die Verhandlungen mit den Interessenten nicht schnell genug ein Resultat ergaben. Die Regierung will aber sofort mit den Arbeiten beginnen. Schnelle Gabe ist doppelte Gabe. Dem Abg. Berger erwiedert Redner, daß die Regierung auch zur Moselbahn 8000 Mark pro Kilometer als Beihülfe zum Grunderwerb bewilligt habe. Ueberhaupt richtet sich die Regierung darin stets nach den vorgefundenen Verhältnissen. Die Abgabe auf die Güterbewegung kann er nicht für praktisch halten.

Abg. Steinbusch wünscht ähnliche Vergünstigungen, wie sie in diesem Gesetze den Weichselstädten gewährt werden, für die Moselbahn.

Abg. Hammacher wünscht die Ueberweisung der Vorlage an die Budget-Kommission, da bisher niemals eine solche Finanzvorlage sogleich in zwei aufeinanderfolgenden Berathungen erledigt sei. Er bestreitet die Möglichkeit, die Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Er befürchtet eine Sündfluth von derartigen Anträgen aus allen Provinzen, auch kann er nicht davon abgehen, die Kreise zu Beiträgen heranzuziehen, um nicht allzu leicht Wünsche nach dem Bau von Vicinalbahnen groß zu ziehen. Sollte die diesmal beantragte Summe nicht genügen, so sollten die Kreise wenigstens das Plus aufbringen.

Abg. Bachem. Es soll kein Prinzip aufgestellt, sondern jeder einzelne Fall geprüft werden. Er wundert sich aber, daß die Staatsregierung nicht auf die Worte des Abg. Steinbusch reagirt hat. Bei der Moselbahn treffen alle Vorbedingungen zu. Alle Bahnen des Ostens seien mit dem Gelde des Westens gebaut worden, wie überhaupt der westliche Theil der Monarchie der aufbringende und der östliche Theil der nehmende sei. So wäre zum Beispiel die zum Dombau in Köln von Staatswegen aufgebrachte Summe eine Bagatelle und die Verwaltung des Thiergartens hätte dasselbe gekostet.

Abg. Rickert. Es ist ein abschüssiger Weg, wenn in diesem Hause Gegensätze zwischen Osten und Westen betont werden, noch dazu unter Benutzung falscher Prämissen. Redner erklärt sich schließlich auch für Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg Franssen's Ausführungen bleiben unverständlich.

Abg. v. Minnigerode. Wir erkennen das Vorliegen ungewöhnlicher Verhältnisse an, doch ist das Präzisiren der Ziffern wichtig genug, die Sache an die Kommission zu verweisen.

Minister Maybach erklärt noch einmal, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um sofort mit den Arbeiten beginnen zu können. Er empfiehlt eventuell der Kommission Beschleunigung der Arbeiten.

Nach persönlichen Bemerkungen wird der Antrag des Abg. Hammacher auf Ueberweisung an die Budgetkommission angenommen.

Die Wahlen in den Abtheilungen sollen erst morgen vorgenommen werden

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: 1) Interpellation Münzer, 2) erste Berathung des Zuständigkeitsgesetzes, 3) erste Berathung der Novelle zur Kreisordnung, 4) erste Berathung der Novelle zur Provinzialordnung.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 3. November. Dem blinden Lärm über ein angeblich neues Entlassungsgesuch des Reichskanzlers wird jetzt durch folgende Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ein Ende gemacht:

„Die aus Wiener Blättern in die hiesige Presse übergegangene Nachricht, daß der Reichskanzler seine Entlassung gefordert habe oder zu fordern gedenke, entbehrt jeglicher Begründung."

— Es bestätigt sich vollkommen, daß die Reichsregierung damit umgeht, dem Bundesrath und Reichstag ein Gesetz über die Trunksucht vorzulegen. Ueber Inhalt und Umfang des Gesetzes kann um so weniger etwas bekannt sein, als die Arbeiten sich augenblicklich zumeist nur auf Erhebungen über einschlägige Verhältnisse in den verschiedenen Bundesstaaten beziehen, womit man übrigens seit längerer Zeit nach verschiedenen Richtungen hin angelegentlich beschäftigt ist.

— Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt offiziös:

„Die von angeblich offiziöser Seite gemeldete Nachricht, daß Fürst Bismarck die Absicht aufgege-

ben habe, zunächst einen Volkswirthschaftsrath nur für Preußen zu berufen, ist eine irrthümliche. Der Volkswirthschaftsrath soll allerdings ein deutscher werden, aber vor der Hand ein preußischer sein. Um für das Reich die analoge Einrichtung herzustellen, bedarf es der Verständigung der Regierungen untereinander und der Mitwirkung des Bundesrathes. Durch einfache kaiserliche Initiative läßt sich ein Wirthschaftsrath immer nur in so weit herstellen, daß ihm auf die kaiserlichen Entschließungen, nicht aber, daß ihm auf die des Bundesraths eine berathende Einwirkung zugetheilt wird. In Preußen dagegen ist der König als selbstständiger Faktor der Gesetzgebung berechtigt, jeden Rathgeber nach eigener Auswahl zu hören, bevor eine königliche Entschließung über einen dem Landtage zu unterbreitenden Entwurf erfolgt. Für Preußen läßt sich daher die beabsichtigte Einrichtung, sobald das Staatsministerium über dieselbe einig ist, durch königliche Verordnung so zeitig ins Leben rufen, daß die preußischen Vorlagen für den Bundesrath, die für den nächsten Reichstag bestimmt sind, von dem neu zu errichtenden Wirthschaftsrath noch rechtzeitig begutachtet werden können."

Ausland.

Wien, 2. November. Das neue serbische Ministerium erwirkte vom Fürsten eine General-Amnestie und wird auch Serbiens Verfassung reformiren.

Vertrauliche Athener Berichte versichern: Je mehr die konservativen Mächte zum Frieden mahnen, desto energischer drängt jetzt England in Athen zum Kriege.

Von einer Abreise des montenegrinischen Fürsten nach Italien ist hier nichts bekannt.

Ueber die Londoner Meldung betreffs eines Zusammenstoßes, welchen Riza Pascha mit aufständischen Albanesen angeblich hatte, erfahre ich: Vor Wochenfrist wollte Riza Pascha mit seinen 4000 Mann regulärer Truppen nach Dulcigno marschiren. Bei der Georgsbrücke standen ungefähr 200 Albanesen, welche erklärten, die Passage nicht zuzulassen. Riza Pascha machte mit seinen 4000 Mann sofort vor 200 Albanesen Kehrt. Der Zusammenstoß ist also erfunden. Die ganze Affaire ist eine der gewöhnlichen orientalischen Komödien. Das Wüthen der Gladstone'schen Organe gegen Oesterreich wird hier als Beweis betrachtet, daß das britische Kabinet die erlittenen Schlappen unangenehm empfindet und seinen Aerger wegen der selbstverschuldeten Niederlagen gegen Oesterreich ausläßt.

Die „Pol. Korr." meldet: Derwisch Pascha sei gestern auf dem Kriegsdampfer „Stambul" in Sangiowanni bei Dimedua eingetroffen. Gleichzeitig ist ein Transportschiff mit Truppen angelangt. Derwisch Pascha will sich sofort nach Dulcigno begeben. Der montenegrinische Befehlshaber Bozo Petrowitsch ist vorgestern in Antivari angekommen und hat dort eine schriftliche Verständigung Riza Paschas vorgefunden, laut welcher jede Vorrückung der Montenegriner türkischerseits gewaltsam zurückgewiesen würde.

Admiral Seymour, von der vereinigten europäischen Flotte, hat heute auf dem Kriegsschiffe „Alexandra" einen Kriegsrath einberufen.

(Berl. Tageбl.)

Pest, 31. Oktober. Sofort nach seiner Ankunft in Gödöllö ließ der Kaiser den Grafen Andrassy zu sich bescheiden. Es scheint, daß Letzterer diese Gelegenheit benutzt hat, um den König über die parlamentarische Lage Ungarns eingehend zu unterrichten. Allseitig wird versichert, daß die Auszeichnung Tiszas mit dem höchsten Orden der Monarchie und besonders das politisch bedeutungsvolle königliche Handschreiben das Werk des Grafen Andrassy sei. Gewisse Wiener Hofkreise, wo Tisza nicht beliebt ist, hatten schon längst mit der gemäßigten Opposition in Ungarn Fühlung gewonnen. Die Opposition erhielt von dieser Seite fortwährend die bestimmtesten Versicherungen, daß die Krone entschlossen sei, Tisza fallen zu lassen, und zwar nach Bewilligung des Budgets; nur müsse die Opposition „von unten aus" kraftvoll an dem Sturze Tiszas mitwirken. Diese Taktik der gedachten Hofkreise war nicht ganz ohne Erfolg geblieben, denn diesen Einflüsterungen ist es zuzuschreiben, wenn die „schwankenden" Elemente aller Parteien dem Kabinette Tisza gegenüber eine zuwartende Stellung einnahmen, und wenn die täglich auftauchenden Gerüchte — mit denen ich Sie verschonte, die aber in den Wiener Blättern stets Eingang fanden — auch in den hiesigen Kreisen für wahrscheinlich gehalten wurden. Das kaiserliche Handschreiben hat mit diesen Gerüchten gründlich aufgeräumt, indem der Kaiser in demselben die Erwartung kundgab, daß Tisza „auch in Zukunft dem Thron und dem Vaterlande mit derselben Opferwilligkeit dienen werde." Nach der Enttäuschung, welche die gemäßigte Opposition durch das Handschreiben erfahren hat, bleibt ihr wohl kein anderer Ausweg übrig, als sich der liberalen Partei anzuschließen, oder ruhig abzuwarten, daß sie infolge der Neuwahlen vom politischen Schauplatze verschwinde.

Paris, 1. November. Herr v. Radowitz, der Paris verläßt und wieder nach Athen geht, machte gestern Grevy seinen Abschiedsbesuch. Fürst Hohenlohe wird auf seinen Posten in Paris zurückkehren, sobald es seine Gesundheit erlaubt. Botschaftssekretär v. Bülow wird einstweilen die Geschäfte der deutschen Botschaft versehen. Diesen Abend geben die Mitglieder der deutschen Botschaft bei dem Restaurant Voisin Herrn von Radowitz ein Abschiedsmahl. Am nächsten Mittwoch oder Donnerstag geht Herr v. Radowitz nach Berlin und von dort nach Athen.

Der Erzbischof von Paris, Kardinal Guibert, billigt nach wie vor den Widerstand der Ordensgesellschaften und ist in dieser Hinsicht so weit gegangen, daß er für die Predigten am heutigen Festtage nur Mitglieder der nicht ermächtigten Ordensgesellschaften, namentlich Dominikaner und Kapuziner, bestimmte! Die sieben Klerikalen, welche man gestern Abend vor dem Kloster der Dominikaner in der Rue Jean de Beauvais verhaftete, wurden nach einem kurzen Verhör wieder in Freiheit gesetzt: es waren fünf Jesuitenzöglinge, ein Kaminfeger und ein Metzger. Die Polizei zeigte sich sehr gelinde, wie immer, wenn es sich um Klerikale handelt; denn sie kann sich noch nicht von den Ueberlieferungen des Kaiserreichs losmachen, die darin bestanden, alles, was liberal ist, ohne Barmherzigkeit niederzuhauen, aber die, welche zur Kirche halten, wie vornehme Gönner zu behandeln.

Provinzielles.

Stettin, 3. November. Entzieht sich ein Wehrpflichtiger durch Entfernung nach dem Auslande seiner Wehrpflicht, so beginnt nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, I. Strafsenats, vom 16. September d. J. die Verjährung dieses Vergehens erst mit dem Tage an zu laufen, an welchem der Wehrpflichtige sich zur Erfüllung der Wehrpflicht stellt. Bis dahin dauert die Zuwiderhandlung gegen die Wehrpflicht, und auch eine inzwischen gegen den Abwesenden vorgenommene richterliche Handlung, die zu keiner endgültigen Erledigung geführt hat, bewirkt nicht, daß von dieser richterlichen Handlung an die Verjährung läuft.

— Nachdem verschiedene Gewaltthätigkeiten, welche während der letzten Fisch-Saison von englischen gegen deutsche Fischer unweit der deutschen Nordsee-Küste verübt worden, wie Ueberfegelung oder Durchschneiden von Tauen und Beschädigung von Geräthen deutscher Boote, auf amtlichem Wege zur Kenntniß der großbritannischen Regierung gebracht worden waren, hat das englische Handelsamt eine in Folge diplomatischen Schriftwechsels zwischen den beiden Regierungen schon in früheren Jahren wiederholt erlassene Warnung für englische Fischer wegen Beobachtung der deutschen Fischereigrenzen neuerdings mit dem Zusatz in Erinnerung gebracht, daß die großbritannische Regierung in jeder Weise bemüht sein werde, die deutschen Behörden in der Unterdrückung und Strafverfolgung aller solcher Ausschreitungen zu unterstützen.

— In Timmel wird am 8. d. M. und in Rostock am 22. d. M. mit einer Seesteuermanns-Prüfung begonnen werden.

— Die Erhebung der Klassensteuer und Einkommensteuer. Von mehreren Seiten ist an uns die Frage gerichtet, ob der Magistrat berechtigt sei, die zur Erhebung gelangenden Staatssteuern, sowie die Kommunalzuschläge zu den Staatssteuern vom 1. Oktober ab nicht mehr in 2monatlichen, sondern fortan in 3monatlichen Raten zu erheben. Wir erwidern darauf Folgendes: Nach dem Gesetze vom 25. Mai 1873, Artikel IV., ist der Finanzminister ermächtigt, die direkten Staatssteuern, soweit dieselben in monatlichen Raten zu entrichten sind, nach seinem Ermessen in dem auf den Monat der Fälligkeit folgenden nächsten oder zweiten Monate zugleich mit den für letztere fälligen Raten einziehen zu lassen. Der kommunale Zuschlag zu den Staatssteuern richtet sich nach den Staatssteuern selbst.

Der Herr Finanzminister hat, soviel uns bekannt, von dieser Ermächtigung bisher einen Gebrauch nicht gemacht. Der Magistrat Stettins ist weder dazu ermächtigt, noch ist er berechtigt, das Staatsgesetz zu verändern. Die Verordnung des Magistrats ist daher unserer Ansicht nach unberechtigt.

— In aller Stille ist — wie der „Berliner Börsen-Courier" mittheilt — am Sonntag in Dresden die irdische Hülle der unglücklichen, jungen Schauspielerin Luise Lange, welche ihrem Leben durch einen Revolverschuß in das Herz ein Ende gemacht hat, auf dem Löbtauer Friedhofe beerdigt worden. Der Leichnam der beklagenswerthen Künstlerin war von Stettin am Sonnabend Abend auf dem Böhmischen Bahnhofe angekommen und sofort nach dem Löbtauer Kirchhofe gebracht worden. Nur wenige Freunde und Verehrerinnen, zu denen Fräulein Pauline Ulrich vom Dresdener Hoftheater zählte, wohnten dem traurigen Akte der Beerdigung des Frl. Lange bei. Dem letzten Wunsche des unglücklichen Mädchens, das eine unselige Liebe in den Tod getrieben hat, unmittelbar neben dem Grabe des von ihr schwärmerisch geliebten Lehrers und Freundes Dettmer gebettet zu werden, konnte man zufällig entsprechen, da die Nachbarstelle auf dem Kirchhofe noch nicht vergeben war. Nur ein schmaler Steig wird künftig ihre Grabhügel trennen. Herr Archidiakonus Dr. Frommhold, mit den unglücklichen Verhältnissen vertraut, wartete seines Amtes als Diener der Kirche in würdigster Weise.

— Der Matrose Karl Lobenstein aus Greifswald ließ in der vergangenen Nacht auf der Baumbrücke seine Stimme in so lauter Weise ertönen, daß der Revierwächter hinzukam und ihn verhaftete, nachdem L. der wiederholten Aufforderung des Beamten zur Ruhe keine Folge leistete. L. leistete bei der Verhaftung energischen Widerstand und vergriff sich auf der Nachtwache an den dort anwesenden Beamten. Seine Bestrafung ist beantragt.

— Das Gastspiel des Herrn Ludwig Barnay im hiesigen Stadttheater beginnt am Sonnabend, den 6. November, mit „Hamlet". Dadurch fällt die vorzügliche Vorstellung zu kleinen Preisen fort, was uns in doppelter Hinsicht bedauerlich erscheint. Am Sonntag debütirt in der „Jüdin" die hierorts wohlbekannte Primadonna Frau Stieber-Barn. Am Montag bringt das zweite Gastspiel Barnay's den „Othello". Einige neue Stücke sind für den weiteren Verlauf desselben in Vorbereitung.

— Die Jancovius-Konzerte bei Wolff sind regelmäßig so außerordentlich stark besucht, daß man nach 7½ Uhr, dem Anfang des Konzerts, kaum noch ein Platz zu erhalten ist. Diese Erscheinung ist bei Berücksichtigung der Leistungen der Kapelle nicht auffällig, da in der That von Seiten der Kapelle wie ihres Dirigenten die größten Anstrengungen gemacht werden, um dem Publikum für weniges Geld etwas Gutes zu bieten. Das Programm des gestrigen Konzertes war ein vorzügliches. Wir heben nur folgende Nummern hervor: „Egmont-Ouverture" von Beethoven, „Walthers Preislied" aus Wagners Meistersänger von Nürnberg, eine neue, originelle Komposition des Herrn Dr. Ad. Lorenz, „Schwertertanz", die im Geiste der Brahms'schen Tänze gehalten ist, Schumann's reizende „Träumereien", Mozart's „Türkischer Marsch", „La Paloma" von Yradier und eine von Herrn Konzertmeister Knoop mit künstlerischer Vollendung vorgetragene Fantasie für Violine über Motive aus der Regimentstochter. Nennen wir noch Reinecke's „Friedensfeier-Ouverture" und Taubert's zarten „Liebesgesang", so dürfte der Werth des Konzerts hinreichend gekennzeichnet sein.

Vermischtes.

— (Ein gefeites Leben.) Ein Trompeter, welcher die Schlacht von Maiwand schildert, äußert sich über seine eigenen Erlebnisse wie folgt: „Da ich Ordonnanz-Trompeter des kommandirenden Generals und des die dritte leichte Kavallerie kommandirenden Offiziers zugleich war, so hatte ich während des Kampfes viel zu thun. Ich hatte Depeschen hin und zurückzubringen, und wurde, während ich mich hinter den Kanonen befand, mehrere Leute von den Geschossen des Feindes weggeputzt; rechts und links von mir wurde ein Brigadmajor und General-Quartiermeister weggerissen, ohne daß mir was geschehen wäre. Wir waren zehn Personen und nur zwei blieben verschont, der kommandirende Offizier und ich, alle Anderen wurden von den Geschossen weggerissen. Einmal, da ich mich gerade hinter einer Kanone befand, kam mein Bruder, um nach mir zu sehen. Ich frug ihn, was er hier zu suchen habe. „Nichts", antwortete er, „ich wollte Dich nur sehen." Gerade als er diese Worte gesprochen, nahm mir eine Kugel den rechten Schnurrbart weg, ohne meinen Mund zu verletzen. Die nächste kam gleich nach der ersten und zerriß meines Pferdes Kopfriemzeug; das Pferd blieb unverletzt. Eine Minute später streifte eine Kugel das Sprunggelenk meines Pferdes, worauf eine vierte Kugel das Bein und die Seite meines Pferdes traf, so daß es einen Monat auf der Krankenliste verbleiben mußte.

— (Gastwirth zum neuengagirten Kellner.) „Merken Sie das, Jean, wenn Sie Kaffee auf einem Zimmer serviren, geben Sie wenig Zucker dazu — die Damen auf den Zimmern stecken ihn doch nur ein! Wenn Sie aber im Gastzimmer Kaffee serviren, können Sie viel Zucker geben — die Herren lassen ihn doch liegen!"

Literarisches.

v. Falke, Kostümgeschichte der Kulturvölker. Verlag von Spemann in Stuttgart. Von diesem Werke, welches in Hochquart erscheint, liegt uns die zweite und dritte Lieferung vor. Dieselben zeigen, mit welcher Sorgfalt der Verfasser auf die einzelnen Zeiten eingeht. Jede Tracht ist durch ein oder mehrere Bilder anschaulich gemacht. Wir zweifeln nicht, daß das Buch sich einen reichen Leserkreis gewinnen wird. [215]

Die Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853, nebst den sämmtlichen Ergänzungen und Erläuterungen von C. Zander, Verlag von Jenne, Cöpenick-Berlin.

Der Verfasser hat mit vielem Fleiß ein Handbuch geschaffen, welches Vielen sehr erwünscht sein dürfte. Man findet darin die seit Erlaß der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 erschienenen Ergänzungen, Erläuterungen zc., vom Verfasser aus den Gesetzsammlungen, den Verwaltungs- und Justizministerial-Blättern, den Entscheidungen des früheren Königl. Ober-Tribunals und Ober-Verwaltungsgerichts sorgsam gesammelt und bei jedem Paragraphen in Form von Anmerkungen notirt, so daß Jeder, der dies Handbuch gebraucht, sogleich übersehen kann, welche Auslegung der betreffende Paragraph bisher erfahren hat.

Wir können dies Handbuch als sehr brauchbar Jedem empfehlen. Dasselbe ist in jeder Buchhandlung für den geringen Preis von 2 Mark zu haben. [219]

Stelter, Handbuch für Kapitalisten, ein Sammel- und Nachschlagewerk für Privatiente und Bankiers. Grünberg, bei W. Levysohn.

Jeder Kapitalist, mag er sich nun für Staatspapiere, für Eisenbahnen, Pfandbriefe, Banken zc., oder für Industrie- und Versicherungs-Gesellschaften interessiren, findet in diesem Werke alles zu seiner Orientirung Nöthige korrekt und vollständig zusammengetragen.

Für die Sorgfalt und die streng sachliche Behandlung der vorliegenden Materie bürgt der Name des Verfassers, der von seiner Thätigkeit als Redakteur bei dem Verlage von Eduard Hallberger in Stuttgart erschienenen Finanzzeitschrift „Der Kapitalist" in Bankiers- und Kapitalisten-Kreisen auf das Vortheilhafteste bekannt ist.

Behufs Erzielung eines größeren Absatzes ist der Preis (7½ M.) des in mehr als 40 Bogen das gesammte Effekten-Wesen der Berliner wie der Frankfurter Börse umfassenden Buches überaus niedrig bemessen worden. [216]

Handelsbericht.

London, 30. Oktober. (Wochenbericht über den Londoner Kartoffelmarkt von Emil Stargardt, South Eastern Wharf, Southwark.)

Regnerisches Wetter verminderte in dieser Woche die Zufuhr von schottischen Kartoffeln und es sich in Folge dessen, da auch deutsche Ankünfte allzureichlich waren — ca. 71,000 Sack — eine recht feste Stimmung, durch die Preise vereinzelt profitiren konnten; das Geschäft bewegte sich jedoch in so engen Grenzen, daß eine einheitliche Preissteigerung für alle Sorten nicht stattfand und nur den einzelne Posten zu vorwöchentlichen, andere gegen zu 5s höheren Preisen bezahlt

Es zeigt von der geringen Exportfähigkeit Deutschlands, daß in diesem Jahre vom 1. Sept. bis zum 21. Oktober 157,525 Sack deutsche Kartoffeln hier ankamen, während die deutschen Zufuhren in demselben Zeitraum 1879 817,422 Sack betrugen; es ist dies nicht sowohl ein Zeichen geringerem Importbedürfniß Englands, als es mehr die schon früher besprochene Thatsache beweist, daß Deutschland nicht annähernd dasselbe Quantum exportfähiger Kartoffeln geerntet hat, als im Vorjahr; falls die Besitzer nur einen kleinen Prozentsatz solcher Waare, die die vorschriftsmäßige Größe hat, herauslesen können, lohnt dies nicht der Mühe, umsomehr, als die hohen Spirituspreise eine Verwerthung der unausgelesenen Waare ermöglichen.

Es erzielten: Beste deutsche rothe 100 [illegible] 105s, d. mittel rothe 80—90s, d. kleine rothe 70—80s, d. Schneeflocken 80—90s.

Zwiebeln 110—140s.

Alles per Ton incl. Sack ab Wharf.

Telegraphische Depeschen.

Gent, 2. November. Das Journal „Bien public" veröffentlicht ein längeres aus Rom datirtes und vom Papst unterzeichnetes Dokument, durch welches dem ehemaligen Bischof von Tournai, Dumont, jede kirchliche und weltliche Jurisdiktion in der Diözese Tournai entzogen wird.

Brüssel, 2. November. Eine päpstliche Bulle setzt den durch seine Polemik gegen den Vatikan bekannten Bischof Dumont von Tournay ab und untersagt ihm, noch ferner den Bischofstitel zu tragen.

Paris, 2. November. Die Ausführung der Dekrete vom 29. März wird morgen in einigen zehn Departements wieder aufgenommen werden.

Das Journal Felix Pyat's „La Commune" wird wegen eines die Armee beleidigenden Artikels gerichtlich verfolgt werden.

Das an den Erzbischof Guibert gerichtete Schreiben des Papstes beglückwünscht die Bischöfe zur Vertheidigung der religiösen Orden, deren Beseitigung schwere Uebelstände voraussehen lasse. Der Papst bedauert, daß die Regierungschefs nicht die Erklärung der Kongregationen acceptirt hätten, deren Anerbieten überall die Institutionen und die Rechte der Kirche hätten retten sollen. Schließlich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es durch das Zusammenwirken der Bischöfe und unter dem Beistand Gottes gelingen werde, die Einheit zwischen der christlichen Bevölkerung, den Bischöfen und dem Haupte der Kirche aufrecht zu erhalten.

London, 2. November. Der diesseitige Botschafter in St. Petersburg, Lord Dufferin, hat sich heute früh zu dem Premier Gladstone nach Hawarden begeben.

Wie der „Evening Standard" gerüchtweise erfährt, wäre Dillon, welcher ebenfalls auf der Liste der Agitatoren gesetzt war, die wegen Verschwörung in Anklagezustand versetzt werden sollen, heute früh in Limerick verhaftet worden.

Petersburg, 2. November. An der heutigen Börse wurden anläßlich bestätigender Nachrichten über den bevorstehenden Rücktritt des Finanzministers Greigh und seiner jetzigen Stellung und die Ernennung des Wirklichen Geheimen Raths v. Abasa zum Finanzminister noch Gerüchte über weitere Veränderungen in Ministerposten in Cours gesetzt. Der Minister des Innern, Loris Melikoff, werde an Stelle des Grafen Walujeff die Leitung des Ministerkomitees übernehmen, Geheimrath Rochanoff Minister des Innern werden. Es ist zu konstatiren, daß an unterrichteten Stellen nichts Derartiges verlautet.

Petersburg, 2. November. Vor dem hiesigen Militär-Kreisgericht ist auf nächsten Sonnabend ein politischer Prozeß anberaumt, die meisten der Angeklagten gehören dem revolutionären Exekutivkomitee an.

New-York, 2. November. Es scheint, daß die Betheiligung bei der heutigen Wahl der Elektoren für die Präsidentenwahl eine außerordentlich große sein wird. Viele glauben, daß die Demokraten in den Südstaaten siegen werden, während die Republikaner auf den Sieg in allen nördlichen Staaten der Union zu rechnen hätten. Man meinen, daß das Resultat der Präsidentenwahl von den Staaten New-York, New-Jersey, Connecticut, Maine und in Californien entscheiden sei. Präsident Hayes ist in Fremont (Ohio) eingetroffen, um daselbst eine Deputation von Republikanern zu empfangen, wobei er eine Rede hielt, in welcher er seine Zuversicht auf den Erfolg der Republikaner ausdrückte. Er ist aus Californien gekommen, um für Garfield zu stimmen, dessen Anhänger die nationale Einheit, die Supremacie der gemeinsamen Regierung, den Wohlstand des Landes, den Schutz der amerikanischen Industrie und eine solide Finanzpolitik erhalten wollten. Der Sieg dieser Grundsätze würde für die demokratische Partei ebenso vortheilhaft sein, wie für die republikanische. — Hancock hat in einer Rede geäußert, daß ihm von allen Seiten sehr günstige Berichte für den Stand der demokratischen Sache eingelaufen.